

(Abg. **Mißfälsche** [Leugisch].)

(A) werden wir sehr vorsichtig vorzugehen haben. Wenn angeführt wird, daß man mit 20 Jahren Soldat wird und daß man aus diesem Grunde auch zugeben müsse, daß die jungen Leute dann auch politisch reif sind, so sind das Gründe, die uns nicht überzeugen können. Denn der junge Mann, der mit 20 Jahren Soldat wird, soll auch erst etwas lernen, er ist noch nicht fertiger Soldat, wenn er in die Armee eintritt.

Und wenn der Herr Begründer des Antrages Äußerungen aus der konservativen Presse verlas, die uns zu Gemüte führen sollen, daß der Standpunkt, den die Sozialdemokratie vertritt, richtig ist, dann können wir uns auf den Standpunkt stellen, den Sie ja sonst einnehmen: wir legen dem, was in der konservativen Presse steht, kein besonderes Gewicht bei. Wir sind der Meinung, daß das Wahlrecht eine große Verantwortung für die einzelnen Personen in sich trägt. Wir wollen haben, daß die Leute, die zur Wahlurne gehen, sich ein eigenes Urteil bilden. Sie würden schon dafür Sorge tragen, daß die Ihnen nahe stehenden Kreise ein Urteil bekommen, ob es aber das eigene Urteil ist oder das Urteil der sozialdemokratischen Parteileitung, diese Frage ist zunächst offen zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß das Wahlrecht so viel Verantwortung in sich trägt, daß wir es nicht jungen Leuten von 20 Jahren ohne weiteres in die Hand geben können.

(B) Wenn nun weiter der Herr Abg. **Fleißner** die Altersstimme verworfen und die Frage an uns gerichtet hat, ob wir glauben, daß mit zunehmendem Alter die politische Reife zunimmt, so bestätige ich ihm gern, daß nicht bei allen Personen mit dem Alter die politische Einsicht zunimmt; aber wir meinen doch, daß in vorgerücktem Lebensalter der einzelne sich mehr der ruhigen Erwägung über diese und jene Frage hingibt, und wir sehen nicht ein, warum es notwendig ist, die Altersgrenze auf 20 Jahre herabzusetzen.

Dann fordern Sie auch das Wahlrecht für die Frauen. Auch die Gründe, die der Herr Abg. **Fleißner** angeführt hat, veranlassen uns durchaus nicht, seinem Standpunkte näher zu treten. Wenn er eine ganze Reihe von Staaten angeführt hat, die heute das Frauenwahlrecht besitzen, Neuseeland, Finnland usw., so bin ich im Augenblicke nicht imstande, diese Angaben zu prüfen, ich glaube sie ihm aber ohne weiteres. Russisch-Polen hat der Herr Abg. **Fleißner** besonders genannt. Sind denn die Zustände dort so nachahmenswert? Ist dort etwas Besonderes durch das Frauenstimmrecht erreicht? Sind die Zustände so, daß wir ihnen nachstreben müssen? Zur Ausübung der politischen

Rechte ist die Frau nicht so befähigt wie der Mann, das werden Sie ohne weiteres zugeben; sie befaßt sich nicht so viel mit staatlichen und politischen Fragen, und wir halten das durchaus nicht für ein so großes Unglück. Der Einfluß der Frau ist ja trotzdem nicht ausgeschaltet, es ist der Frau möglich, im Interesse des Staates und des Volkes sich zu betätigen, wenn sie nur will, und das wird sie am wirkungsvollsten tun, wenn sie sich in dem ihr von der Natur zugewiesenen Kreise bewegt, wenn sie ihre Pflicht als Frau und als Mutter voll und ganz erfüllt.

Wenn von den Gegnern des Frauenstimmrechts gesagt wird, daß die militärische Dienstpflicht von der Frau nicht geleistet zu werden brauche und daß sie aus diesem Grunde kein Wahlrecht haben dürfe, so soll das für uns nicht ausschlaggebend sein, denn wir meinen, daß das Wahlrecht keine Gegenleistung ist für die dem Staate dargebrachte Leistung. Wenn es heute Befürworter eines Frauendienstjahres im allgemeinen Interesse und in sozialem Sinne gibt, so läßt sich dieser Gedanke wohl erwägen, ohne daß das Stimmrecht damit in Verbindung gebracht wird.

Wir wollen der Frau den Weg zum Wahlrecht nicht für alle Zeit verbauen, wir wollen diesen Gedanken ganz der Entwicklung anheimgeben. Aber zunächst sind wir der Meinung, daß es in dem Staatswesen am besten bestellt ist, in dem die Männer für gute Gesetze und die Frauen für gute Sitten sorgen.

(Sehr gut!)

Wenn wir uns alles in allem ablehnend verhalten, so geschieht es mit aus dem Grunde, weil wir zu unserer weiteren Entwicklung Ruhe brauchen. Der Herr Abg. **Fleißner** hat uns mit unserem Standpunkte in Gegensatz zu dem gestellt, was der Liberalismus in den Jahren 1848 und 1867 hat haben wollen; er behauptet, daß die Sozialdemokratie diese Forderungen vom Liberalismus der früheren Zeit übernommen habe und daß es für uns absolut nicht schmeichelhaft sei, daß dieser Zustand eingetreten sei. Wenn der Radikalismus der Sozialdemokratie nicht dagewesen wäre, dann wäre vielleicht manches anders gekommen.

(Lachen links.)

Daran ändert Ihr Lachen nichts. Wir würden, wenn wir allen Ihren Anregungen nachgäben, nur ein Sprungbrett schaffen, damit Sie Ihr Ziel erreichten, das nach unserer Ansicht durchaus nicht im Interesse